



[diw.de](#) zum Hauptinhalt

#### Meta-Navigation

- [A](#)
- [A](#)
- [A](#)
- [English](#)
- [Inhaltsübersicht](#)
- [Newsletter](#)
- [Kontakt](#)
- [Impressum](#)
- [SOEP-Service](#)

#### Suche

Suche



#### Haupt-Navigation

- [Über uns](#)
- [Publikationen & Veranstaltungen](#)
- [Forschung & Beratung](#)
- [Themen & Nachrichten](#)
- [Presse](#)
  
- URL dieser Seite: *http://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw\_02.c.102177.de*
- Datum: 29.7.2009

#### Sie sind hier:

- [Publikationen & Veranstaltungen](#) >
- [Daten](#) >
- [Konjunkturbarometer](#) >



Bereit navigation

- [Publikationen](#)
- [Daten](#)
  - [Innovationsindikator](#)
  - [Logistikindikator](#)
  - [Konjunkturbarometer](#)
    - [Was ist das DIW-Konjunkturbarometer?](#)
    - [Archiv](#)
  - [Konjunkturprognosen](#)
  - [SOEP](#)
  - [Bauvolumensrechnung](#)
  - [Verkehr in Zahlen](#)
- [Veranstaltungen](#)
- [Bibliothek](#)

# Konjunkturbarometer

Aktuelle Ergebnisse vom 28. August 2009

## DIW-Konjunkturbarometer August 2009: Aufholendes Wachstum im dritten Quartal

**Die deutsche Wirtschaft wird im dritten Quartal um voraussichtlich 0,8 Prozent gegenüber dem Vorquartal wachsen. Dies zeigt das heute veröffentlichte DIW-Konjunkturbarometer (gemessen am saison- und kalenderbereinigten Bruttoinlandsprodukt). Damit setzt sich zunächst der Aufholprozess leicht beschleunigt fort. Zusammen mit dem Zuwachs aus dem zweiten Quartal, in dem die Wirtschaft um 0,3 Prozent gewachsen war, wäre damit knapp ein Drittel des Produktionseinbruchs aus den ersten drei Monaten des Jahres wieder aufgeholt. Bestätigt sich diese Entwicklung, so wäre für 2009 insgesamt auch eine Schrumpfung von weniger als fünf Prozent möglich.**

„Trotz der Aufwärtsentwicklung ist es für eine generelle Entwarnung aber noch zu früh“, sagte DIW-Konjunktur-Experte Stefan Kooths. „Die zuvor rabenschwarzen Erwartungswerte haben sich nunmehr zwar etwas aufgehellt, Tageslicht sieht aber anders aus. Und dass die Unternehmen mit keiner weiteren Verschlechterung mehr rechnen, ist angesichts der erreichten Tiefststände noch kein Befreiungsschlag. Die konjunkturelle Lage bleibt daher zunächst noch sehr angespannt und die Gefahren für die Beschäftigung wachsen mit jedem Monat, in dem die Produktion nicht kräftig anzieht.“

Mit einem Anstieg der Wertschöpfung um zwei Prozent trägt laut DIW-Konjunkturbarometer die Industrie (ohne Bauwirtschaft) am stärksten zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum bei. Das wäre der erste Zuwachs seit eineinhalb Jahren. Gleichzeitig ist jedoch zu berücksichtigen, dass die



Wirtschaftsleistung der Industrie in den vorangegangenen 18 Monaten um über 23 Prozent geschrumpft war. Zwar weisen die Bestelltätigkeit und die Stimmungskennzahlen der Industrie in den letzten Monaten wieder auf einen Aufschwung hin, doch sind die Stimmungskennzahlen zuletzt deutlicher nach oben, jedoch ist die Trendumkehr an den Produktionszahlen der Industrie bislang deutlich weniger ausgeprägt.

Die Bauwirtschaft zeigt im dritten Quartal ein zweigeteiltes Bild: Einer sinkenden Aktivität im Wirtschafts- und Wohnungsbau stehen die expansiven Wirkungen der Konjunkturpakete für die öffentliche Bautätigkeit gegenüber. Die öffentliche Hand hat derzeit allerdings nur einen Anteil von gut zwölf Prozent an den gesamten Bauinvestitionen in Deutschland. Nach derzeitiger Einschätzung des DIW Berlin dürften im dritten Quartal die dämpfenden Kräfte leicht überwiegen und die Wertschöpfung der Bauwirtschaft um 0,3 Prozent geringfügig schrumpfen.

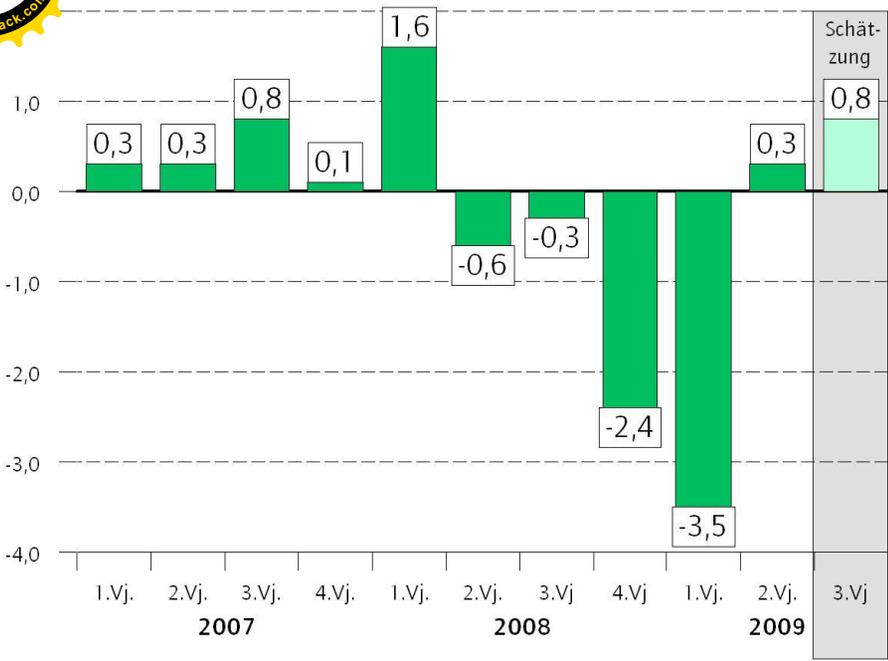
Für den Bereich Handel, Gaststätten und Verkehr deutet sich ein Wachstum von 0,5 Prozent an. Allerdings ist die Entwicklung aufgrund der Verwirbelungen, die durch das Auslaufen der Abwrackprämie hervorgerufen werden, besonders schwer einzuschätzen, da mögliche Vorzieh- und Verdrängungseffekte die Dynamik um die Jahresmitte herum besonders stark beeinflussen dürften.

Für die übrigen Dienstleistungsbereiche „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ sowie „Öffentliche und private Dienstleister“ zeichnet sich ein Wachstum von 0,4 beziehungsweise 0,2 Prozent ab.

Von den in das DIW-Konjunkturbarometer eingehenden gut 1300 Zeitreihen muss der überwiegende Teil zum jetzigen Zeitpunkt vollständig in den Prognosebereich fortgeschrieben werden. Aufgrund der in der derzeitigen konjunkturellen Ausnahmesituation besonders starken Ausschläge einzelner Größen sind entsprechende Fortschreibungen mit besonders hoher Unsicherheit behaftet. Lediglich für die umfragegestützten Komponenten liegen bereits die ersten zwei Monate des Berichtsquartals vor - auch vor diesem Hintergrund gibt das DIW Berlin derzeit noch keine generelle konjunkturelle Entwarnung.



Viertelartalswachstum in Prozent



Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (preis-, saison- und kalenderbereinigt)

© DIW Berlin 2009

DIW-Konjunkturbarometer vom 28. August 2009

Grafik: DIW Berlin

Zusätzliche Nachrichten & verwandte Links und Materialien

[This document in English](#)

## Ihr Ansprechpartner

Dr. Stefan Kooths



organization-unitAbteilung Konjunktur  
organization-nameDIW Berlin  
Mohrenstraße 58 10117 Berlin Deutschland  
*Tel.:*Work +49 30 89789-248  
*Fax.:*Fax +49 30 89789-102  
[Nachricht schreiben](#)  
[Visitenkarte](#)

## Presseanfragen

Renate Bogdanovic



*Tel.:*Work +49 30 89789-249  
*Fax.:*Fax +49 30 89789-200  
[Nachricht schreiben](#)  
[Visitenkarte](#)

## Termine

Die Termine für das Jahr 2009:

September: 29.9.2009  
Oktober: 28.10.2009  
November: 27.11.2009  
Dezember: 22.12.2009



**ACHTUNG:** Aufgrund methodischer Umstellungen hat sich der Publikationsrhythmus des DIW-Konjunkturbarometers geändert. Die monatlich aktualisierte Schätzung des Bruttoinlandsproduktes für das jeweils erste noch nicht amtlich berichtete Quartal erscheint nun am Ende eines Monats.

## Forschungsprojekte

### Werkzeuge

- [Seite drucken](#)

### Haupt-Navigation

- [Über uns](#)
- [Publikationen & Veranstaltungen](#)
- [Forschung & Beratung](#)
- [Themen & Nachrichten](#)
- [Presse](#)

[© Copyright 2008 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.](#)



bl ocnote

[http://www.ftd.de/boersen\\_maerkte/:Commerzbank-Studie-Finanzkrise-kostet-10-000-Milliarden/559596.html](http://www.ftd.de/boersen_maerkte/:Commerzbank-Studie-Finanzkrise-kostet-10-000-Milliarden/559596.html)  
29. 08. 2009

Commerzbank-Studie

Finanzkrise kostet 10.000 Milliarden

Die Finanzkrise wird teurer als gedacht: Laut Berechnungen der Commerzbank müsste jeder Erdenbürger 1500 Dollar aufbringen, um ihre Folgen zu beseitigen. Deutsche Städte fürchten sich vor einem Milliardendefizit.

Die Finanzkrise wird die Weltwirtschaft bis Ende dieses Jahres nach Berechnungen der Commerzbank über 10.500 Mrd. \$ kosten, schreibt die "Welt". "Wir haben uns in der Finanzkrise zwar an hohe Summen gewöhnt, aber dieser Betrag ist einfach unglaublich", sagte Jörg Krämer, Chefvolkswirt der Bank. Je Erdenbewohner beliefen sich die Kosten damit auf etwas mehr als 1500 \$.

Rund 1600 Mrd. \$ Verlust entstanden danach bei Banken durch Abschreibungen und Pleiten. Die Wertverluste an Wohnimmobilien in den USA und Großbritannien, die besonders von der Immobilienkrise heimgesucht wurden, wurden mit insgesamt 4650 Mrd. \$ veranschlagt. Der aus der Finanzkrise folgende Einbruch der Weltwirtschaft kostete in den beiden vergangenen Jahren zudem rund 4200 Mrd. \$. Die Volkswirte unterstellten dabei, dass die Weltwirtschaft ohne die Krise so stark gewachsen wäre wie im Durchschnitt der vorherigen Jahre.

Der deutschen Volkswirtschaft gingen nach den Berechnungen durch die Krise 237 Mrd. \$ verloren: Auf 104 Mrd. \$ beliefen sich allein die Abschreibungen deutscher Banken. Das niedrigere Wirtschaftswachstum 2008 und 2009 wird mit 133 Mrd. \$ an Bruttoinlandsprodukt (BIP 2008: rund 3600 Mrd. \$) veranschlagt.

Die Furcht der Städte vor einem 10-Mrd.-Euro-Defizit

Die Verluste schlagen sich auch im Etat der Städte und Gemeinden nieder: Die sehen sich angesichts sinkender Einnahmen und immer neuer Aufgaben Alarm von einer "beispiellosen Finanzkrise" bedroht. Städtetags-Präsidentin Petra Roth (CDU), die auch Frankfurts Oberbürgermeisterin ist, sagte der "Leipziger Volkszeitung", dass die Kommunen 2010 "ein Defizit von mehr als 10 Mrd. Euro befürchten müssen". Dabei lägen die Kassenkredite der Gemeinden schon jetzt bei 31,6 Mrd. Euro, "mehr als fünfmal so hoch wie vor zehn Jahren."

In diesem Umfang müssten Kommunen Aufgaben wie Kinderbetreuung oder Sozialhilfe auf Pump finanzieren. Die Städte, besonders finanzschwache Städte, bräuchten deshalb eine nachhaltige Entlastung bei den Sozialausgaben. "Vor allem Städte mit hoher Arbeitslosigkeit drohen unter dieser immer mehr steigenden Last finanziell zusammenzubrechen", sagte Roth. Zumal dort oft auch eine dramatische Verschuldung hinzukomme.

"Hier ist tatsächlich Land unter - erst recht, wenn die Krise demnächst voll auf die Langzeitarbeitslosigkeit durchschlägt. Die Sozialausgaben der Kommunen belaufen sich inzwischen auf rund 40 Mrd. Euro, das ist ein Anstieg um mehr als 80 Prozent seit 1992", sagte Roth.